

„Können nicht mit Steuergeld die Brandstifter weiterfinanzieren“

Von **Nikolaus Doll, Jacques Schuster**

Stand: 30.12.2025 | Lesedauer: 9 Minuten



Julia Klöckner (CDU)

Quelle: picture alliance/dpa/Kay Nietfeld

Bundestagspräsidentin Klöckner (CDU) stellt große Sicherheitslücken im Parlament fest. Dazu gehöre, dass Abgeordnete Personen beschäftigen dürften, von denen „Gefahr“ ausgehe. Im Bundestag stellt sie eine nie dagewesene „Blockbildung“ fest – und einen teilweise „hemmungslosen“ Ton.

CDU-Politikerin Julia Klöckner, 53, ist seit März 2025 Präsidentin des Bundestags. Diesem gehört sie seit 2021 an, wie zuvor bereits von 2002 bis 2011. Im letzten Kabinett von Angela Merkel (CDU) war Klöckner Bundeslandwirtschaftsministerin.

WELT AM SONNTAG: Frau Präsidentin, wir leben in düsteren Zeiten – außenpolitisch, militärisch, sicherheits- und verteidigungspolitisch. Der Nato-Generalsekretär spricht sogar von einer Art „Vorkriegszeit“. Macht sich diese unsichere Lage auch im Parlament bemerkbar?

Julia Klöckner: Wir wären sehr fahrlässig, wenn wir das Parlament in dieses Gesamtszenario nicht einbeziehen würden – der Deutsche Bundestag ist ein Raum der Demokratie, den wir besonders schützen müssen. Konkret habe ich drei Sicherheitsthemen, mit denen ich mich an die Fraktionen gewandt habe.

Zunächst die Datenübermittlung. Wir haben da eine Regelungslücke, die wirklich absurd ist: Ich kann als Bundestagspräsidentin mit meinen Mitarbeitenden, die für die Sicherheit zuständig sind, nicht auf nachrichtendienstliche Informationen zu Personen zugreifen. Wir haben zwei Millionen Besucher im Jahr, 630 Abgeordnete, Tausende Beschäftigte im Bundestag. Wir sind das meistbesuchte Parlament der Welt. Dennoch haben wir keine gesetzliche Grundlage, mit der die Bundestagspolizei die Information erhält, wenn jemand als Gefährder eingestuft oder bereits in verfassungsgefährdender Weise auffällig geworden ist. Deshalb fordere ich die Fraktionen auf, aktiv zu werden. Wir brauchen ein Bundestagspolizeigesetz.

WAMS: Rot-Grün wollte ein solches Gesetz schon 2024.

Klöckner: Ich bin Präsidentin dieser Legislaturperiode, und in der spitzt sich gerade vieles zu. Wir haben ja noch zwei weitere ernst zu nehmende Sicherheitsthemen. Zum einen das der Hausausweise für Mitarbeitende von Abgeordneten, die ich in mehreren Fällen aufgrund schwerwiegender Sicherheitsbedenken verweigert hatte. Das hat bei den Betroffenen für Unmut gesorgt, aber vor Gericht standgehalten. Es darf hier keine Kompromisse geben. Wer einen Hausausweis hat, kommt in dieses Parlament hinein, in viele Bereiche, in die IT-Systeme. Deshalb ist es wichtig, jeden auf Herz und Nieren zu prüfen.

Es geht darum, jenen einen Riegel vorzuschieben, von denen eine Gefahr für unser Parlament ausgeht. Das Problem ist, dass solche Personen aktuell aber noch bei Abgeordneten beschäftigt werden dürfen – bezahlt aus öffentlichen Mitteln. Ich finde das absurd: Wir können doch nicht einerseits durch Entzug des Hausausweises einen Brand löschen wollen, aber mit Steuergeld die Brandstifter weiterfinanzieren. Wenn jemand keinen Hausausweis und damit keinen Zutritt zum Bundestag erhält, sollte er auch nicht für einen Abgeordneten arbeiten dürfen.

WAMS: Wie weit sind Sie damit?

Klöckner: Ich habe die Fraktionen gebeten, das Abgeordnetengesetz entsprechend zu ändern. Denn die beschriebene Widersprüchlichkeit ist offensichtlich. Mein dritter Punkt ist die Drohnenabwehr. Wir brauchen eine klare rechtliche Zuständigkeit und die Möglichkeit, dass die Bundespolizei bei Angriffen auf Liegenschaften des Bundestages reagieren kann. Ich will hier keine Panik schüren, aber wir müssen vorbereitet sein.

WAMS: Sie würden Abwehrsysteme auf den Dächern stationieren?

Klöckner: Das müssen die Experten beurteilen, aber ich muss das Thema politisch auf dem Schirm haben. Ich will in dem Moment, in dem es zu einem Drohnenüberflug kommt, nicht als Bundestagspräsidentin erst anfangen müssen, eine Krisensitzung einzuberufen. Dann muss die Melde- und eine Aktionskette klar sein und sofort greifen.

WAMS: Noch mal zurück zu den Personenkontrollen. Welche Befugnisse bräuchte die Polizei des Bundestages?

Klöckner: Wir lehnen immer wieder Besucher, die Einlass wollen, aus Sicherheitsbedenken ab, da ist einiges an – lapidar gesagt – Beifang dabei. Wir greifen dabei auf das zurück, was wir aktuell abfragen dürfen. Aber es ist die erweiterte Einsicht, die wir bräuchten, um wirklich auch Gefährder zu erkennen. Es geht nicht darum, ob jemand schon mal über eine rote Ampel gefahren ist. Es gibt Datenverknüpfungen, die Hinweise geben – das sehen wir etwa bei den Grenzkontrollen. Wir brauchen eine Automatisierung, damit wir auch an nachrichtendienstliche und verfassungsrelevante Informationen herankommen. Dafür fehlt bisher die rechtliche Grundlage.

WAMS: Ist das nicht auch eine politische Entscheidung?

Klöckner: Das Ergebnis der Zuverlässigkeitsüberprüfungen für Mitarbeitende und Besucher? Nein, wenn das eine politische Entscheidung wäre, wäre es Willkür – und davor muss man sich hüten. Das ist eines meiner Leitmotive in diesem Amt. Ich bin in einer Zeit angetreten, in der der Deutsche Bundestag in einigen Umfragen gerade einmal 20 Prozent Vertrauen in der Bevölkerung genießt. Vertrauen gewinnen wir nur zurück, wenn unsere Regeln für alle gleich gelten.

WAMS: Inwieweit spielt bei Vorfällen mit Mitarbeitern der AfD eine Rolle, dass die Partei in Teilen vom Verfassungsschutz beobachtet wird?

Klöckner: Ich mache keinen Unterschied zwischen den Fraktionen, wenn es um Hausausweise geht. Wir schauen uns nicht zuerst an, zu welcher Fraktion ein Mitarbeiter gehört. Hausausweise werden einzeln beantragt, und wir prüfen die einzelne Person, untersuchen, ob es etwas Auffälliges, ob es verfassungsfeindliche Bestrebungen gibt. Bisweilen stößt man da auf sehr aufschlussreiche Lebensläufe und „Vortätigkeiten“, die einen daran zweifeln lassen, dass jemand hier mit all diesen Befugnissen richtig ist. Nur dürfen wir diesen Personen eben nicht die Hintertür zum Bundestag öffnen, in dem sie bei Abgeordneten beschäftigt sein dürfen und aus Steuermitteln bezahlt werden.

WAMS: Wie wollen Sie das praktisch regeln?

Klöckner: Wie gesagt, die Fraktionen müssten das Abgeordnetengesetz ändern. Der Abgeordnete ist selbst Arbeitgeber und sehr unabhängig – zu Recht. Aber es gibt Musterverträge der Bundestagsverwaltung und klare Bestimmungen: Ort der Arbeitsleistung ist der Bundestag oder das Wahlkreisbüro. Ich hatte sogar Anträge vorliegen, bei denen Mitarbeiter nicht mal in Deutschland leben und arbeiten, sondern in – sagen wir mal so – interessanten Ländern. Der gesunde Menschenverstand sagt: Wenn die Zuverlässigkeit einer Person nicht positiv beschieden wird, dann ist es nicht zu verstehen, dass sie vom Staat bezahlt wird.

WAMS: Was machen Sie, wenn kritische Mitarbeiter in den Wahlkreisbüros arbeiten, Sie also gar keinen Zugriff haben?

Klöckner: Nun, die Abgeordneten zahlen ihre Mitarbeitenden ja nicht aus eigener Tasche.

WAMS: Das heißt, Sie würden die Mittel sperren?

Klöckner: Ich würde die Regelung im Abgeordnetengesetz gerne so weit fassen wie möglich. Wer hier die Zuverlässigkeitsprüfung nicht besteht, kann nicht auf dem Gehaltszettel des Bundestages bleiben – auch nicht als „Homeoffice“-Konstruktion. Und ich kann jetzt schon in Wahlkreisbüros den Zugang zu den IT-Systemen verweigern.

WAMS: Wie viele Fälle von abgelehnten Hausausweisen gab es bislang?

Klößner: Etwa eine Handvoll – wir prüfen aber laufend. Es ging dabei nicht um Fälle, in denen einer eine kleine Ordnungswidrigkeit begangen hat, sondern um schwerwiegende Dinge.

WAMS: Sie sind nun seit neun Monaten Präsidentin des Deutschen Bundestages. Was waren Höhe- und Tiefpunkte?

Klößner: Wir haben eine Blockbildung im Parlament, die es so noch nie gab. Wir haben eine Rolle digitaler Medien, die auch Einfluss auf Wahlentscheidungen hat, wie nie zuvor. Uns ist aber auch die größte Geschäftsordnungsreform seit über 40 Jahren gelungen. Die kommt jetzt zur Anwendung. Wir werden lebhaftere Debatten haben, etwa Zwischenfragen auch in Aktuellen Stunden ermöglichen. In der neuen Geschäftsordnung geht es um Redezeiten, um höhere Ordnungsgelder – bis zu 4000 Euro –, um mehr Präsenz im Plenum, nicht nur für die Abgeordneten. Ich lege ebenso großen Wert auf die Präsenz der Ministerinnen und Minister auf der Regierungsbank.

WAMS: Wie stellen Sie sich lebendigere Debatten konkret vor?

Klößner: Wichtig ist mir, dass der Streit in der Sache geführt wird – argumentative Klarheit statt Moralisieren. Die Frage ist: Geht es um persönliche Herabwürdigung oder um inhaltliche Auseinandersetzung? Geht es darum, Bühne für Social Media zu sein oder darum, unterschiedliche Argumente abzuwägen? Lebendigkeit hat nichts mit Geschrei zu tun, sondern mit Klarheit, mit Respekt und damit, dass man spürt: Hier ringen Abgeordnete wirklich um Lösungen und nicht nur um Klicks für [TikTok \(https://www.welt.de/politik/deutschland/article68995b68204e050eae235cb3/umstrittene-plattform-bundestag-nutzt-kuenftig-tiktok-kloeckner-will-junge-menschen-erreichen.html\)](https://www.welt.de/politik/deutschland/article68995b68204e050eae235cb3/umstrittene-plattform-bundestag-nutzt-kuenftig-tiktok-kloeckner-will-junge-menschen-erreichen.html).

WAMS: Das Präsidium hat inzwischen fast 40 Ordnungsrufe erteilt. Ist das ein Zeichen einer Verrohung der politischen Debatte?

Klöckner: Ich würde das nicht an der Zahl festmachen. Aber es hat sich etwas verändert, seit ich 2002 Mitglied des Bundestages geworden bin. Teilweise wird es im Ton hemmungsloser. Es gibt dieses „Vier-Sekunden-Syndrom“: die Zeit auf TikTok, in der entschieden wird, ob weiter gewischt wird oder nicht. Manche orientieren sich stärker an der Wirkung im Netz als an der Wirkung im Plenarsaal. Deshalb haben wir zum Beispiel geregelt, dass aktuelle Debatten nicht aus dem Plenum heraus per Social Media kommentiert werden dürfen.

WAMS: Sie betonen, zur strikten Neutralität verpflichtet zu sein. Ihre Kritiker sprechen von einer „programmatischen Neutralität“, die bestimmte Anliegen wie Solidarität mit „Palästina“ (<https://www.welt.de/politik/deutschland/article256209330/Kloeckner-wirft-Linke-Politikerin-Koektuerk-wegen-Palaestina-Shirt-aus-dem-Bundestag.html>) härter ahnde als andere. Wo ziehen Sie selbst die Linie zwischen unparteiischer Amtsführung und persönlich-politischer Haltung?

Klöckner: Diejenigen, die mangelnde Neutralität beklagen, sind meist die, deren Anliegen betroffen sind. Ob auf einem Shirt „Palestine“ steht oder „Israel“, ist mir egal. Es gibt die klare Regel, dass es im Plenum keine Botschaften auf Aufklebern, Kleidungsstücken und Ähnlichem gibt, keine Kopfbedeckungen, außer medizinisch oder religiös indiziert, und nichts in den Fenstern der Büros hängen darf, unabhängig des Inhalts. Es geht eben nicht um Fragen des persönlichen Geschmacks. Das macht Neutralität in der Anwendung der Regeln aus.

WAMS: Warum unterscheiden Sie nicht zwischen harmlosen und extremistischen Botschaften?

Klöckner: Unser Parlament ist ein Parlament des Wortes – ausschließlich des Wortes. Die Fraktionen bekommen nach Wählerwillen Redezeit, sie entscheiden, wer wie lange spricht. Alles, was mir ein Anliegen ist, kann ich über das Wort ausdrücken. Wenn wir anfangen, zwischen „harmlosen“ und „problematischen“ Bekenntnissen zu unterscheiden, machen wir Geschmacksproben – und dann sagt die Bevölkerung zu Recht: Ich vertraue dieser Institution nicht mehr, weil es wieder eine politische Entscheidung wird, ob Regeln zur Anwendung kommen oder nicht.

WAMS: Dennoch ist der [Vertrauensverlust gegenüber demokratischen Institutionen groß](https://www.welt.de/politik/deutschland/plus6944169d42384d8f982df58f/demokratie-in-der-krise-die-fatale-erosion-des-staatsvertrauensund-rezepte-fuers-gegensteuern.html) (<https://www.welt.de/politik/deutschland/plus6944169d42384d8f982df58f/demokratie-in-der-krise-die-fatale-erosion-des-staatsvertrauensund-rezepte-fuers-gegensteuern.html>) .

Wie lässt sich das heilen?

Klöckner: Demokratie ist kein Dienstleistungsunternehmen. Demokratie machen nicht „die anderen“ für uns. Jede Generation muss sich ihr Verständnis von Demokratie als DNA neu erarbeiten. Es ist etwas vorgegeben, aber man muss es immer wieder internalisieren. Das ist Aufgabe von uns allen, nicht nur der Job der 630 Abgeordneten. Wir haben uns sehr daran gewöhnt, dass Demokratie und Sozialstaat einfach da sind. Vielleicht manchmal zu sehr.

Nikolaus Doll (<https://www.welt.de/autor/nikolaus-doll/>) *berichtet über die Unionsparteien und die Bundesländer im Osten.*

Jacques Schuster (<https://www.welt.de/autor/jacques-schuster/>) *ist Chefredakteur der WELT AM SONNTAG sowie Chefkomentator.*